

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle . . . Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Belagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und anderer, Organ erwerbender Bediensteten. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Postfach 10, Halle a. S., 2467, 2468, 2469. Vertriebs- und Anzeigenverwaltung: Mittelschiff 13 bis 14 Ufer. — Inverantwortlich einsetzender Redakteur: Dr. Wäckerle.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM., für Abholer oder Briefträger 0,45 RM. Volkswirtschaftler 2,50 RM., durch Postboten ausgehelt 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Bezugsnehmer 2,40 RM. — Anzeigenpreis 12 Blg. im Voraus und 80 Blg. im Restanteil der Wäckerle, Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wäckerle, Postfach 10, Halle a. S., 2467, 2468, 2469. Verlagsnummer 20219. Erwerb.

Massen-Empörung in Breslau gegen Polizei und Staatsanwaltschaft / Eine eindringliche Warnung an alle! **Die Eisenerne Front wehrt sich entschlossen** Schluß mit den Nazi-Mordtaten! / Schluß mit den blutigen Verbrechen, die ein „politisches“ Deckmäntelchen tragen

Seit dem Ende des Bürgerkriegs haben sich die nationalsozialistischen Mordtaten wieder gehäuft.

Das Wochenende hat an vielen Stellen des Reiches gezeigt, daß die Eisenerne Front entschlossen ist, sich gegen alle weiteren „nationalen“ Verbrechen zu wehren. In zahlreichen Städten sind die Arbeiterorganisationen der Eisernen Front anmarschiert, um der gefürchteten Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir auch noch da sind! Um zu zeigen, daß der brutalen Gewalt ein Ende gemacht werden muß, daß die verantwortlichen Stellen nicht länger tatenlos sind, „nationalen“ Verbrechern zusehen können.

Aus den zahlreichen Kundgebungen der Eisernen Front wollen wir die aus Dresden hervorheben, wie fordern, daß die Auftritte und die Empörung der Massen beendet werden. Das ist das Recht, das die Arbeiterorganisationen haben!

Dresden, 8. Januar.

Eigener Bericht

Am Freitag gegen den verhassten Mord des SA-Mannes Kramczyk an dem sozialistischen Jungarbeiter Hanisch veranlaßte die Eisenerne Front in Breslau am Sonntag zwei überfüllte Massenversammlungen. Tausende aus den wertigsten Schichten der Bevölkerung waren dem Ruf der Sozialdemokratie gefolgt, um ihre Empörung über die Schandtat des politischen Bombenterrors Ausdruck zu geben.

Es lag große Erregtheit über beiden Kundgebungen, wie sie in ähnlichen Versammlungen der Breslauer Arbeiterfront im vorigen Jahr nach den schlimmsten Mordtaten der Nationalsozialisten kaum zu verzeichnen war. Der gefährliche Grad der Erregtheit, in dem sich die Breslauer Arbeitermassen gegenwärtig befinden, ist nicht allein durch das neue schreckliche Verbrechen ausgelöst worden. Er muß zum nicht unerheblichen Teil auf die Art zurückgeführt werden, mit der Polizei und Staatsanwaltschaft die Angelegenheit der sozialistischen Ermordung des Jungarbeiters Hanisch behandelt haben. Nachdem man zwei Tage lang aus logenarmer Rücksicht auf die Eltern den Namen des Mörders zu verheimlichen versuchte.

Die Staatsanwaltschaft setzt Arroganz und die beiden mit ihm festgenommenen SA-Leute aus der Haft entlassen, weil, wie es in einer Mitteilung der Justizprokuratorie heißt, das Verlegen eines dringenden Interesses der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, der allein die Vernehmung für einen Fallbestandteil sein könnte, nicht bestraft werden könne.

Die Breslauer Arbeiterfront hat diese auffällige Mißbegegnung gegenüber dem Mörder und seinen Kumpanen als unerhörte Herausforderung auf, durch die der politische Frieden in der schlesischen Hauptstadt schon zu Beginn des Jahres von den Behörden selbst in bedenklicher Weise aufs Spiel gesetzt wird.

In den Protestversammlungen der Eisernen Front am Sonntag sprachen je ein Vertreter der Partei, der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der sozialistischen Arbeiterjugend.

Der Bezirksleiter der SA, Seidel, wies darauf hin, daß die Sicherheit, mit der die tödlichen Taten in die linke Brustseite des Hanisch geführt worden seien, den Verdacht aufkommen lasse, daß in der SA das Gelingen systematisch geübt werde. Weiter, der Führer des Breslauer Reichsbanners, erklärte, daß die Schuld an der Verschärfung des politischen Kampfes in Breslau der Polizei und der Justiz aufgebürdet werden müsse, denen es in erschreckender Weise an politischer Objektivität gebräche. Den Mörder von rechts werde das Stich-

wort Rotweiß regelrecht in den Mund gelegt. Der Jungbannermann Hentschel legte schon acht Monate gefahmt im Krankenhaus, ohne daß die von den Haftkreuzern an ihm verübte ruflose Tat eine Säure gefunden habe.

Der Vorsitzende des Ortsvereins Breslau der SPD, Ernst Zimmer, prangerte gleichfalls die offensichtliche Sympathie der Breslauer Polizei für die Nationalsozialisten an.

In der Angelegenheit der Ermordung des jungen Schüler im Juni vorigen Jahres hat der Parteitag der sozialdemokratischen Seite das Verdict des Täters mitgeteilt worden. Es müsse nunmehr in voller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß man in Breslauer Polizeipräsidium von diesen Informationen wohl abhichtlich keinen Gebrauch gemacht habe.

„Die Behandlung des Falles Hanisch erkläre ich vor der gesamten deutschen politischen Öffentlichkeit als einen unerhörten Skandal. Die Breslauer Polizei hält die Namen von Haftkreuzern geheim und die Staatsanwaltschaft läßt einen Mörder frei, von dem einwandfrei festgestellt, daß er ein Mörder ist. Die Sozialdemokratische Partei von Groß-Breslau erhebt gegen solche Willkür härtesten Einspruch.“

Zimmer erklärte zum Schluß, die intellektuellen Urheber der furchtbaren Mordtat seien in der schlesischen Polizeizeitung zu suchen, deren Redakteure unter diesen Schlagzeilen berichteten, die rote „Polksmaaz“ mit ihrem Gehebe trage die Verantwortung für den Tod des jungen Hanisch. Das tiefe moralische Niveau der Haftkreuzpresse fennzeigte sich mit diesem Schmähartikel selbst. Hilfer, der die Unvollständigkeit seiner SA-Beschwerden habe, gehe ins Justizhaus.

Die beiden Protestkundgebungen der Eisernen Front mit ihrer Atmosphäre

Zwischen Sonntag und Montag

Zwei rheinische Organisationen erlassen aus Anlaß des Jahrestages der Ruhrbesetzung einen Aufruf, der unter anderem von dem Oberbürgermeister Jores unterzeichnet ist. In dem Aufruf wird an „nationalen“ Worten nicht gespart. Die deutsche Arbeiterklasse, die vor zehn Jahren auch in diesem Kampf ihre selbstverständliche Pflicht erfüllt hat, kann bei dieser Erinnerung nur ihre Empörung darüber ausdrücken, daß es heute jaßlose angeblich „nationalen“ Leute gibt, die das alles vergessen haben. Für ihre wachpost nationalen Leistungen im Kriege und danach muß die Arbeiterklasse als „antinationale“ bestrafen lassen! Wir werden das nie und nimmer vergessen.

Das Zentralkomitee und die Zentralkommission der kommunistischen Partei der Sowjetunion sind zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengesetzt. Angefaßt der gegenwärtigen internationalen Lage ruft man sich die Frage, wie von Stalin geleitet wird, von besonderem Interesse.

In Moskau ist ein Funkpruch eingetroffen, in dem der Eisenacher Lenin mitteilt, daß er am Sonntag bei Spitzbergen eingetroffen ist. Er wird fortan versuchen, sich dem Eisenacher „Waggon“ zu nähern und ihn strotz zu machen. Außerdem sind drei andere russische Fahrzeuge nach Spitzbergen unterwegs, deren Ankomst an der Unfallstelle für Montag erwartet wird.

In Ruden teilt das japanische Oberkommando mit, daß es in der Nacht vom 7. zum 8. Januar acht Reilen von Esanbairwan

höchster politischer Erbitterung haben wenige Tage nach dem schrecklichen Mord an dem Dresdener SA-Mann Gensich die Wutstürme der deutschen Faschisten erneut vor aller Welt erwiehen. Die maßlose Empörung der Breslauer Arbeiterbevölkerung mag den offenen und geheimen Feinden der Republik und der Freiheit eine letzte Warnung sein, den Weg zu überlassen.

Neue Breslauer Zusammenstöße Die Polizei geht einseitig vor

Breslau, 8. Januar.

Eigener Bericht

Am Saues des Sonntags ereigneten sich in Breslau neue ernste Zusammenstöße. Nationalsozialistische Trupps besetzten an verschiedenen Stellen der Stadt Reichsbannerleute, die um nicht einzeln überfallen zu werden, in Gruppen von der Kundgebung in Gomerhainhaus in ihre Wohnungen zurückkehrten.

Die durch die Vorkommnisse der letzten Tage außerordentlich erregten Angehörigen der Eisernen Front setzten sich gegen die prosozialistischen Haftkreuzer zur Wehr. Es kam mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen Verletzte mehrere Personen verletz wurden.

Wie zahlreiche Augenzeugen bezeugen, legte die Polizei bei diesen Vorfällen wieder eine auffällige Einseitigkeit an den Tag.

Der 21 Jahre alte Jungbannermann Henschel wurde von einem Beamten beimachen über den Kopf geschlagen, daß er eine schwere Gehirnerkrankung erlitt. In besorgniserregendem Zustand liegt Henschel im Krankenhaus. Ingesamt wurden am Sonntag neun Personen festgenommen.

zu Zusammenstößen zwischen japanischen und einflusslichen Truppen gekommen ist.

Japanische Flugzeuge freilassen am Sonntag über Tschajonan und waren flugfähig durch die japanischen Truppen angefliegen wurde.

Der Schweizer Bundesrat hat der Verlängerung des Ende Dezember abgelaufenen Kontingentvertrages zwischen der Schweiz und Frankreich bis März 1933 zugestimmt.

Aus Warschau wird gemeldet: In der Nacht zum Sonnabend ereignete in der Nachbarschaft von Rodno (Oligajzen) einige bis jetzt nicht ermittelte Täter in das Haus des Kaufmannes Feib ein, ermordeten die ganze aus vier Personen bestehende Familie, plünderten die Wohnung, stießen das Haus in Brand und entkamen mit reicher Beute in unbekannter Richtung. Die vier Opfer des Raubüberfalles fand man, nachdem das Feuer gelöscht wurde, nur als verkohlte Leichen.

In Berlin wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein schwerer Überfall verübt. Auf die Hülferufe des Lieberlanschen eilten zwei in die Höhe befindliche Polizeibeamte herbei. Die Täter klisteten darauf und gaben mehrere Schüsse auf die verfolgten Polizeibeamten ab. Einer der Beamten erlitt eine schwere Verletzung. Dabei wurde einer der Täter getroffen und getötet. Die Personalfisten des Gefchossenen waren nicht festzustellen, da er keine Papiere bei sich trug. Neben der Leiche lagen eine gelabene Pistole, zwei Magazine, 25 Patronen und zwei Berichten mit Werten. Durch einen zweiten Schuß des Beamten wurde ein Pollant am Oberarm verletzt. Er wurde in das Lazarus-Krankenhaus geschafft.

Napen bei Schleicher

Die Zusammenkunft zwischen Napen und Schleicher, die zunächst erst Mitte der Woche stattfinden sollte, findet nunmehr bereits am Montag statt.

Ein feines Charakterbild Streichers Leisibube

Der Oberbürgermeister der RSDAP, der frühere Nürnberger Lehrer Julius Streicher, dessen fittliche Qualifikation selbst Hitler öfters Kopfschmerzen gemacht hat, der durch seinen Röhren in diesem Punkte nicht besonders vermehrt ist, wird jetzt von der Nürnberger Rasioposition Punkt für Punkt entthilt. Man erzählt bei dieser Gelegenheit, daß sich Streicher, trotz aller Judenfeindschaft, einen Heißbluten in Berlin zu schaffen hat. Das Hauptanliegen dabei ist an diesem Betruben war der mehrgestaltige Selbstmord und zudem die schöne Frau. Man hört interessante Dinge über gemeinsame Beziehungen, an denen Streicher und der Leisibube, ein Rasiandtagsabgeordneter und die Frau von Streichers Leisibube beteiligt waren. Späterhin ging die Freundschaft in die Brüche und Streicher beschuldigte in seinem Organ öffentlich seinen Gefreund, daß er 25000 Mark dem geboten habe, den Streicher ermorden wollte! Der Außenreferent dem Leisibuden — ein feines Charakterbild!

Die Nazi-Futterrippe

Weimar, 7. Januar.

Seit Jahren stellt der Kultusminister unter Reichsminister zweitausend Mark für bildende Künstler zur Verfügung. In diesem Jahr wurde dieses Geld zu verteilt: 600 Mark erhielt der Reichsverband bildender Künstler, 1000 Mark die Thüringische „Kulturzeile“ der Rasiopartei, 400 Mark bleiben zur Verfügung des Rasioministers. Der Reichsverband zählt 200 Mitglieder. Er erhält also pro Kopf drei Mark. Die „Kulturzeile“ umfasst 30 Mann, die sich die 1000 Mark teilen, und die restlichen 400 Mark verteilt Herr Sautel an seine besonderen Rasiistlinge.

Dresden, 7. Januar.

Die Ermittlungen der Dresdener Staatsanwaltschaft im Vorfall Henrich erlitten sich jetzt auch auf den Bombenanjchler, der im Sommer vorigen Jahres von Nationalsozialisten gegen die Volksbuchhandlung in Freital verübt worden ist.

Die Funkturspringerin

Die Berliner Polizeibeamtin Charlotte L., die sich im November vorigen Jahres in selbstmörderischer Absicht von der Klafstern des Berliner Funkturms aus in die Tiefe gestürzt hatte und lebensgefährlich verletzt wurde, konnte durch ärztliche Kunst gerettet werden. Die Knochenbrüche sind sämtlich geheilt. Die Beamtin wird auf ihren Arbeitsplatz zurückgeführt.

Sprengstoffurteil

Das Reichsgericht verurteilte den Reisenden Wagner und den Kraftfahrer Schellstiss aus Hagen i. W. zu je 2½ Jahren, zwei Jungkommunisten namens Wüder und Spor zu je 2 Jahren Justizhaus. Die Angeklagten haben im Mai 1932 aus dem Lager der Salomir-Werke (S. m. S.) in Hagen-Halpe über 100 Sprengstaufen und 10 Kilogramm Sprengstoff gestohlen.

GA. als Raubmörder

Bombenanschlag auf den „Volksboten“ Bandenraub und Mord an einem Deutsch- nationalen

Stettin, 7. Januar.

In Stettin wurde ein schweres nationalsozialistisches Verbrechen aufgeföhrt. Wie bereits berichtet, wurde in Streithof Kreis Rastow am Silvesterabend der Gurspächer Steinide brandt, niedergeschossen und so schwer verletzt, daß er infolge dessen verstorben ist. Als Täter wurden vier Stettiner Nationalsozialisten ermittelt und festgenommen.

Bei ihrer Vernehmung hat sich, wie das Volkspräsidium in Stettin mitteilt, ergeben, daß mehrere an dem Bandenüberfall in Streithof als Täter beteiligte Personen auch an dem Sprengstoffattentat auf den Stettiner „Volksboten“ am 9. August 1932 beteiligt waren. Es sind daraufhin noch weitere Festnahmen erfolgt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Attentat auf den „Volksboten“ war mit einer Wirtinladung durchgeführt worden, die in der Abendung des Verlagsbüros geschleubert und zur Explosion gebracht worden war. Nur dem Umstand, daß die Wucht der Explosion sich nach außen entlud, war es zu verdanken, daß das vierstöckige Haus nicht in die Luft flog, sondern nur schwer beschädigt wurde. Es wurde schon damals vermutet, daß die Täter, die in einem Auto gekommen und geflohen waren, der nationalsozialistischen Bewegung angehörten. Die Vermutung wird jetzt bestätigt.

Die Polizei hat festgestellt, daß die Banditen mit Waffen ausgerüstet waren, die aus dem Depot der GA. kammen. Bei den Stettiner Stürmen sind daraufhin Durchsuchungen vorgenommen worden, die zur Entdeckung größerer Waffenmengen führten.

Der Bandenüberfall auf den Gurspächer Steinide spielte sich folgendermaßen ab: Die Räuberbande fuhr mit einem Kraftwagen vor dem Haus vor. Sie geschritt zunächst die Telefonleitungen des Hauses, um die Verbrecher mit Wirtin bewaffnet und mit dem Ruf „Hände hoch“ in das Büro des Gurspächers ein, der gerade einer Frau die Wohnung ausgabte. Die Arbeiterfrau schrie auf und fürgte aus dem Zimmer, worauf die Verbrecher sofort den Gurspächer niederföhrt. Ein anderer im Büro anwesender Mann wurde von den Raubmördern mit der Waffe in Schach gehalten.

Der von der Mörderbande niedergeschossene Gurspächer war erster Vorsitzender des Kreisvereins Rastow der Deutschen Nationalen Volkspartei, ein bekanntes Stabilmittglied und Vorsitzender des Kriegervereins.

Nazi-Zigarettenfandal

Überall stinkt es

Der Zigarettenfandal der Nationalsozialistischen Partei nimmt immer größeren Umfang an. Zunächst erfuhr man durch die Schreiben der Interatenveredelung der Nazis, daß der große Adolff selbst nach einer längeren Bedröpfung mit den Zigaretten-Großindustriellen Reemtsma den Befehl erteilt habe, die Interate des Reemtsma-Konzerns in der nationalsozialistischen Presse zu veröffentlichen. Der Reemtsma-Konzern hat denn auch selbst in den Naziblättern inseriert. Er hat noch ein übriges und legt seinen Zigarettenproduktionen in der deutschen Jugend zu entfallen. Ebenfalls war die Freundschaf Hitler's von dem Zigaretten-Industriellen Reemtsma der Nationalsozialistischen Partei jüdisch, daß Hitler und die Nazis auch den israelitischen Juden David Schmur, der bei Reemtsma die Seele vom Buttergeschäft ist, mit in Kauf nahmen, mit der famosen, aber unmaßgeblichen Zigarettenabnahmeführer seien überhaupt nur Juden oder sonstige asiatische Wirtlinge.

Später wurden dann ganz intime Beziehungen zwischen Reemtsma und der nationalsozialistischen Zigarettenfabrik Sturm in Dresden bekannt. Man hörte u. a. davon, daß der Zigarettenkonzern Reemtsma einen seiner höchsten in die Sturmfabrik nach Dresden delegiert habe. Die Sturmfabrik aber ist ein Ding für sich. Aus den Intimitäten dieser Fabrik teilt uns unser Dresdener Berichterstatter u. a. folgendes mit:

„Die nationalsozialistische Zigarettenfabrik Sturm ist mit Subergeldern finanziert, und

zum Teil der Finanzier kein anderer als der jüdische Kohlenhändler Misrach. Dieser Kohlenhändler stammt aus Mailand und wohnte bis 1929 in Dresden. Gegenwärtig hält er sich wieder in Mailand auf. Misrach ist der Schwager des jüdischen Textilindustriellen Jarrach in Mailand, ein Freund Mussolinis und Finanzier der

italienischen Faschistenpartei. Es wird auch behauptet, daß Hitler keine ersten Gelder von Jarrach erhalten habe. Bekannt ist auch, daß die Zigarettenfabrik Sturm in Dresden für Mussolinis Ehrenzigaretten hergestellt hat, in einer besonderen Verpackung, die mit dem Mittelwörterband gekennzeichnet war.“ Die Mitteilungen unseres Dresdener Korrespondenten sind zum Teil bereits während der letzten

Wahl in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Die Behauptung, daß Misrach die Sturmfabrik finanziert, ist unseres Wissens schon vor Monaten vor nationalsozialistischen Beraternungsbehörden aufgestellt worden, ohne daß die Nazis etwas dagegen unternommen haben. Sie werden nichts dagegen unternehmen können, weil die Behauptung den Tatsachen entspricht.

Waffenschmuggel durch Oesterreich

Von Italien nach Ungarn — Faschistische Drahtzieher

Eigener Bericht

Wien, 8. Januar (1 Uhr nachts)

In Oesterreich ist, wie die „Arbeiterzeitung“ mitteilt, eine große Waffenschleube aufgedeckt worden, die weitestlos auch eine außerordentlich große Konsequenzen haben wird.

In den letzten Tagen sind als Eisenwaren deklarierter 10 Waggons mit Gewehren und Maschinengewehren aus Italien in der österreichischen Patrouillenabteilung in Hirsberg eingetroffen. Die Aufseher fanden ein Commemorativ mit Namen Giuseppe Corsette, Verona. Empfänger ist die Hirsberger Patrouillenabteilung. Die Wagen werden jetzt in Hirsberg ungeladen und zwar auf Lokomotiv, die ihren Weg nach Ungarn

nehmen. Einige dieser Kraftwagen sind bereits über die ungarische Grenze gegangen. In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember sind ebenfalls

10 Waggons Waffen von der gleichen Herkunft über Oesterreich nach Ungarn geschmuggelt worden.

Wichtiges ist in der letzten Zeit verstärkter Spannung zwischen Italien und Jugoslawien sind diese italienischen Waffenschleube nach Ungarn ein erstes und gefährliches Symptom. Da die Hirsberger Patrouillenabteilung, die im Mittelpunkt dieses Waffenschmuggels steht, von einem Herrn Mandl, einem bekannten Freund und Förderer der faschistischen Heimwehr geteilt wird, vermutet man, daß bei dieser dunklen Sache die

Beziehungen der Heimwehr und des Herrn Mandl zu den faschistischen Ministern der Bundesregierung

eine bedeutende Rolle spielen. Die österreichische Sozialdemokratie verlangt, daß die Waffentransporte sofort eingestellt und die Waffen beschlagnahmt werden.

Vor etwa 5 Jahren wurde bereits ein ähnlicher Waffenschmuggel an der ungarisch-österreichischen Grenzstation von St. Gotthard durch die Aufmerksamkeit freigelegter österreichischer Grenzbeamter entdeckt, der sich zu einem außerordentlichen Standauftrag herauswusch.

Auch damals stammten die falsch deklarierten Waffenschleuben aus Verona und sie waren für Ungarn bestimmt. Der Wirtinbureau befahl sich auf mehreren zum Teil recht erregten Tagungen mit diesem Fall, der allerdings dank den Verhaftungsmaßnahmen Ungarns, das natürlich von Italien unterstützt wurde, niemals selbst aufgeföhrt werden konnte.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und jetzt ist jedoch, daß die damalige österreichische Bundesregierung nicht selbst unbeteiligt war und sich um die Aufklärung der Angelegenheit aufdringlich bemühte, während heute die italienischen Faschisten ihre Helfer und Vertrauensmänner in allen Wiener Kreisen haben.

Mahnungen an Japan

Und ein Pariser Zeitungsfandal

Paris, 7. Januar.

Die Aufforderungen der sozialistischen und eines Teiles der radikalen Presse an die Regierung, ihre Passivität in dem chinesisch-japanischen Konflikt aufzugeben und gegen die japanische Methode schrittweise Stellung zu nehmen, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Die „Liberte“ teilt mit, daß Ministerpräsident Paul Boncour den zur Zeit in Paris weilenden französischen Botschafter in Tokio beauftragt hat, der japanischen Regierung mitzuteilen, daß sie nach Ansicht Frankreichs einen großen Teil der Verantwortung für die Ereignisse in Schanghai trage. Außerdem solle der

Botschafter die Aufmerksamkeit Tokio auf die Beziehungen lenken, die sich zur Paris ergeben würden, wenn Japan die Pflicht haben sollte, seine „Sicherheit“ in der Provinz Jehol durch eine neue Offensiv zu erhöhen.

Die „Liberte“ ist wahrscheinlich wie die meisten französischen Rechtszeitungen von der japanischen Regierung bestochen ist, kritisiert diese Instruktion Paul Boncours und behauptet, daß der Botschafter über die Haltung Frankreichs gegenüber Japan bescheidig gewesen sei und einige Beamte des Quai d'Orsay erklärt hätten, daß eine solche Politik nicht mit den Interessen Frankreichs im Fernen Osten vereinbar sei.

Berständigung um die Nordgrenze

Ein sozialdemokratisches Ersuchen

Hlensburg, 7. Januar.

Die Zeitung der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Stadtratsordnungsfraktion in Hlensburg wenden sich mit dem Ersuchen an die Oesterreichische Regierung, ihre Bemühungen um eine schiedsrichterliche Revision des Berliner Vertrages wegen der Nordgrenze zu unterstützen.

Durch den Berliner Vertrag ist Dänemark zur Hlensburg gehörende Kollunder Wald zugespunden worden. Der Wald ist heute noch Eigentum der Stadt Hlensburg, ohne daß die Hlensburger die Möglichkeit haben, den Wald und den Strand ohne Grenzsteine zu besuchen.

Jetzt soll durch diese einzige Erholungsstätte der Stadt Hlensburg eine breite Chaussee gezogen werden, zu deren Bautosten auch das Reich einen Beitrag bereitgestellt haben soll. Die Sozialdemokratische Hlensburger wendet sich gegen diese Grenzpolitik und erudt die Reichsregierung, in Verhandlungen mit Dänemark einzutreten, damit der unmittelbar vor Hlensburg gelegene Wald zu Deutschland geslagen werde. Schwierigkeiten von dänischer Seite sind kaum zu erwarten. Man hofft deshalb nach einer Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark auf die Einwilligung der Vertragsmächte zu dieser Revision des Berliner Vertrages zu erhalten.

Die Meinung der Sozialdemokratischen Partei ist, daß die Revision des Berliner Vertrages zu Gunsten der Hlensburger Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis ist. Die Regierung sollte sich für die Revision des Berliner Vertrages einsetzen.

Manu weicht Carol

Rumänische Regierungskrise

Eigener Bericht

Bukarest, 7. Januar.

Die nationalparlamentarische Regierung Manu ist in kritischer Situation, die zu ihrem Rücktritt führen dürfte.

Seit Übernahme des Ministerpräsidentiums steht Manu mit dem König im Kampf um den Abbau jener aktiven Generale, die unter dem Königinen Jorga auf Wunsch des Königs an die Spitze verschiedener wichtiger Zivilverordnungen gestellt worden waren. In den letzten Wochen vermehrte die Regierung den Rücktritt zweier Generale von der Leitung der Post und der Staatsbahn durchzuführen. Dieser Tage trat ein General, dem im Frühjahr die gesamte Bundespolizei unterstellt worden war, zurück. Einen harten Kampf führen Manu und Innenminister Nicolae jetzt um den Abbau des Butarester Polizeipräsidenten sowie des Chefs der Gendarmerie, ebenfalls zwei höhere aktive Offiziere, die sich oft gegen die Regierung gewandt und erklärt haben, daß sie sich nur durch königliches Dekret abberufen ließen. Die rebellische Haltung der beiden Offiziere hat den Innenminister veranlaßt, vom König deren sofortige Abberufung zu verlangen. Da sich der Ministerpräsident mit dem Innenminister solidarisch erklärte, andererseits jedoch der König

keinen Reizung zur sofortigen Abberufung der beiden Offiziere hat, scheint eine Regierungskrise unermesslich zu sein. Der zur Zeit im Ausland weilende Außenminister Titulescu ist telegraphisch heimgerufen worden.

Das Brak der „Atlantique“

Paris, 7. Januar.

Das Feuer auf dem Brak der Atlantique baute am Sonnabend im Schiffsinnen noch an. Besonders aus dem Mittel- und Vordersteck drangen noch die Rauchschwaden. Wenn sämtliche Brandherde erlosch sind, das eingedrungenen Wasser ausgepumpt ist, soll festgestellt werden, ob das Brak in das Trenndock von Überburg gebracht werden kann. Der Minister für die Handelsmarine hat inzwischen einen Sachverständigenauschuß ernannt, der mit ihm nach Überburg abgereist ist. Die Sachverständigen sollen, soweit das noch möglich ist, die Ursachen des Brandes und seiner schnellen Ausbreitung feststellen, damit auf den übrigen französischen Schiffen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden können. Das Betreten des Braks ist vor Anfuhr der Sachverständigen jedermann strengstens verboten.

Im Bezug auf den Streit, der um den Besitz des Braks zwischen Franzosen und Holländern zu entstehen scheint, hat der Kommandant des französischen Minenlegers, der die Fischleppungsarbeiten überwacht hat, eine Erklärung abgegeben, aus

Nazis verflagen sich

Der Streit in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer

Das Königsberg wird gemeldet: Der nationalsozialistische Vorstand der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen hat, wie er mitteilt, gegen den früheren Präsidenten, den Nationalsozialisten Freiherrn von Butlar, Strafantrag gestellt „wegen der hollischen Verdröngungen und Verleumdungen“, die dieser in einem kürzlich veröffentlichten Briefe erhoben habe.

Butlar hatte in diesem Briefe die Behauptung aufgestellt, daß in der Landwirtschaftskammer auf Befehl des Gauleiters Koch aus ungelegener Angestellte mit dem Parteibuch der Nationalsozialisten gehalten werden müßten, daß bei einer Fraktionsstimmung das Wort gefallen sei, „für Butlar gibt es nur eins: entweder die Kugel oder auswandern“.

Daß der Nachfolger Butlars, der neue nationalsozialistische Kammerpräsident Bechtel, und dessen engster Mitarbeiter in enger Beziehung zum „Laternen“ ständen und daß Koch Anhänger von Otto Straßer sei. Die agrarpolitischen Sachverständigen Hinters leitete Butlar weiter in diesen Briefe als ehrgeizige elite und empfindliche Menschen. Schließlich erklärt Butlar, daß die ostpreussische Bauernschaft von Koch in schlimmer Weise zu parteipolitischen und egoistischen Zwecken mißbraucht werde.

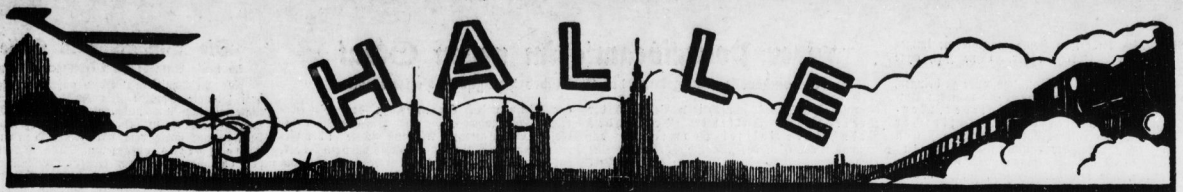
Kommunistische Maulaufreißer

Wenn A.S.D. Mann einen Arbeiter vertreten soll

Im Maulaufreißer sind die Kommunisten Weisser. Wenn sie aber für irgendeinen Arbeiter, der um Brot und Recht kämpft, etwas leisten sollen, dann ist es aus mit ihrem Können. So hat ein entlassener Eisenarbeiter im Kreis Bitterfeld vor dem Schiedsgericht Lehr zu seinem Schaden die Intelligenz der Vertreter der A.S.D. kennen lernen müssen.

Bevor sich die A.S.D. mit dem Fall des entlassenen Landarbeiters näher beschäftigen, mußte dieser erst einen Versuch in Höhe von fünf Mark zahlen. Zur Verhandlung erschien aber ein Mann, der von Zuten und Wiesen keine Ahnung hatte. In der Verhandlung machte man mit dem A.S.D.-Vertreter kurzen Prozeß. Man fragte ihn: „Was wollen Sie eigentlich?“ Seine Antwort lautete: „Ich weiß es nicht.“ Der Landarbeiter muß es wissen.“ Darauf der Richter: „Sie gehen doch so, daß hier nichts zu machen ist?“ Antwort des A.S.D.-Mannes: „Ja, das muß ich schon.“ Und damit war die ganze Verhandlung des entlassenen Landarbeiters durch die A.S.D. zu Ende. Der laubere A.S.D.-Vertreter machte einen höflichen Knicks vor dem Schiedsgericht und dann machte er sich auf die Straße. Der von ihm vertretene Landarbeiter aber sog mit langem Gesicht zuhause.

Dieser Landarbeiter war früher beim Deutschen Landarbeitersbund organisiert. Er glaubte aber dem großen A.S.D. der Kommunisten und ließ die A.S.D. nach. Diese hat ihn und sich stamelt und dafür — ihm auch noch fünf Mark abgenommen.



Der Straßenbahner einst und jetzt

Noch einige Worte zur Betriebsrätewahl bei der Behag

Anlässlich der Bemühungen der SPD, die Betriebsräte wählen bei der Behag parteipolitisch auszugleichen, wollen wir heute ein wenig an frühere Verhältnisse erinnern. Wie schon bemerkt, ist das Vorgehen der SPD nicht neu. In ähnlicher Weise ist die SPD schon immer vorgegangen, so auch einst in den größeren Betrieben in Halle. Wir greifen heute nur zwei Betriebe heraus, die Fallische Zuckerrübenfabrik und die Magdalenenfabrik Franz Schöne. Dort war es der zuständige Gewerkschaft, dem Bahnbetriebsverband, nach dem Kräfte gelangen, die Belegschaften selbst zu organisieren, mit dem Erfolg, daß die Arbeitsverhältnisse gegenüber früher ganz bedeutend verbessert wurden. Da mischte sich die SPD in die internen Angelegenheiten der Belegschaft, mit dem weiteren „Erfolg“, daß

die Einheitsfront geschlossen wurde, daß die meisten Belegschaftsmitglieder aus ihrer Gewerkschaft wieder austraten und daß

heute die Arbeitsverhältnisse längst nicht mehr so günstig sind wie sie waren.

Die „kümmerlichen Reste der sozialen Erregungsmomente“, wovon der „Klassenkampf“ am freiesten sprich, würden besonders in diesen Betrieben auch nicht mehr bestehen, wenn nicht die mit Hilfe der freien Gewerkschaften zum Teil gegen die Stimmen der SPD beschlossenen Gesetze die Unternehmer verpflichten würden, diese Reste noch zu gewähren. So ist es auf dieser Bahn, die die SPD schreit, noch lange weiter, dann dürften auch diese „kümmerlichen Reste“ bald verschwinden sein, und wir wären zu den Zuständen zurück, die vor dem Krise herrschten.

Weshalb die Straßenbahner sollten sich aufregen, wenn sie während des Krieges mit der Kategorie Arbeitnehmer, die im Arbeitsverhältnis überhaupt nicht mitbestimmen konnten.

Wir haben bereits einige Beispiele über Rechtslosigkeit mitgeteilt, halten es aber für notwendig, sie noch zu ergänzen. Da ist zunächst

die Verweigerung des Reaktionsstreiks,

des Rechts, sich in seiner Betriebsorganisation zu einem unabhängigen, hinzuweisen. Dabei wurden selbst die christlichen Gewerkschaften nicht verschont, die doch bestimmt alles andere, nur nicht den Umsturz des bestehenden Staates, herbeiführen wollten. Trotzdem erhielt die Direktion der Dortmunder Straßenbahn im Mai 1905 nachstehende

Bekanntmachung.

„Alle die Mannschaften, welche die eingereichten Lohnforderungen unterschreiben haben, werden aufgesucht, bis zum 31. Mai abends einen Aushang zu unterschreiben, laut welchem sie sich verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen und der christlichen Gewerkschaft nicht anzugehören resp. aus derselben auszutreten.“

Die Straßenbahn Rheinl. schloß sich dem würdig an:

„Der Schaffner Simon ist in der Zeit vom 15. Februar 1900 bis zum Mai 1902 bei der hiesigen Verwaltung beschäftigt gewesen. Derselbe war Mitglied der hiesigen Ortszweigschaft. Seine dienstliche sowie unternehmerische Führung war tadellos. Der Unterzeichnete ist sich veranlaßt, dem Simon zu danken, weil er als Vorsteher der hiesigen Ortsgruppe der christlichen Straßenbahnerverbandes eine den hiesigen Straßenbahnerbetriebe beherrschende Stellung eingenommen hatte.“

Rheinl. den 12. Mai 1902.

Städtische Straßenbahn Rheinl.
Der Betriebsleiter: Jued.

Eingeschaltet ist bemerkt, daß im katholischen Rheinland damals die vom Zentrum protegierten christlichen Gewerkschaften dominierten. Aber natürlich wurden die freien Gewerkschaften damals nicht anders, im Gegenteil noch viel schlechter behandelt, was nachstehendes, vom 8. Juni 1900 datiertes Schriftstück beweist:

„Große Berliner Straßenbahn. Wöchentliche Berliner Fortschritt. Städtische Berliner Fortschritt.“

Vom Zentralverband der Sanitäts-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands werden die Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn zu heute abend zwischen 11 bis 3 Uhr nach zur Teilnahme an 5 Versammlungen

für die Bahnhöfe Rannischehofstraße, Schöneberg, Kleine Frankfurter Straße und Hakenberg, Gesundbrunnen, Demmler Straße, Kottbuscher Platz und Weinbergstraße, sowie Rixdorf eingeladen, wozu darüber verhandelt werden soll, wie die Direktion ihr Versprechen erfüllt hat und außerdem die Wahl einer Deputation von 1000000 vorgeschlagen werden soll. Da Verhandlungen über eine beratende Tagesordnung mit der notwendigen Disziplin nicht vereinbar sein würden, wahren wir hiermit unsere Angehörigen vor einer Beteiligung daran mit dem Bemerkten, daß zum Berathenden Ent-

Arbeitsgericht Halle gegen Reichsbahn

Reichsbahn-Personalpolitik unsozial

Eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Gewerkschaft

Das Urteil, das das Arbeitsgericht Halle (Reichsbahnabfahrmann) unter Vorsitz von Amtsrichter Dr. Faberlorn am 6. Januar in Einprüfungsgegenstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands gegen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gefällt hat, ist von grundsätzlicher Bedeutung, da es dem Standpunkt der Gewerkschaft in den wesentlichen Punkten recht gibt.

Die Deutsche Reichsbahn hat am 30. September 1932 rund

50 000 Arbeiter entlassen mit der Begründung, für ihre Weiterbeschäftigung sei kein Geld mehr vorhanden. Im Direktionsbezirk Halle kamen dabei 3700 Arbeiter zur Entlassung. Wie folgt der Standpunkt der Bahn nach, geht bereits daraus hervor, daß schon einige Tage später wieder 10 000 Mann eingestellt worden sind. Die Folge der vorgenommenen Entlassungen waren zahlreiche Einprüfungsgegenstände der Entlassenen. Das Arbeitsgericht Halle verurteilte am 6. Januar zuerst einmal über drei Fälle, die Eingruppierung der Bahnarbeiter Dinte (Schwammelherer, Leipzig-Bahnen), Pils und Schellenberg (Schwammelherer, Leipzig).

Der Standpunkt des Verbandes ging dahin, daß zu prüfen sei, ob die Angabe der Bahn, daß aus Geldmangel die Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich ist, richtig ist. Bei der Wiederholung zu verzeichnen finanziellen Hilfe des Reiches gegenüber der Reichsbahn wäre es möglich zu machen, die Mittel für die Beschäftigung der Arbeiter aufzubringen, zumal von der Reichsregierung auch die Frage der Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch durch die Reichsbahn, in den Vordergrund gestellt worden ist. Aber auch schon bei einer Überprüfung des Etats der Reichsbahn ergeben sich Möglichkeiten, die Entlassungen zu vermeiden.

Nur die Leistungsbedingungen seien 15 Millionen Mark im Etat (dabei betragen 8, 8 im ganzen Bezirk Halle die Arbeiterlöhne mit 4 Millionen Mark), weiter Millionenbeträge für Sondergehälter und Mehrleistungszulagen, ganz zu schweigen von den überhöhten Gehältern leitender Reichsbahnbeamten, die weit mehr bekommen als gleichartige Reichsbeamte. Die Gewerkschaften fordern ferner die Einführung von Feiertagen.

Den Vertretern der Reichsbahngegenseitigkeit waren die Argumente des Verbandes sichtlich unangenehm. Sie verlagerten sich fortgesetzt auf den Standpunkt des sogenannten Direktionsrechtes, das sogenannte Direktionsrecht, das heißt die Befugnis der Direktion, die Entlassungen ihnen zu nehmen. Diese Rechte werden zwar nicht als unbillig bezeichnet, ihnen aber keine ausgleichende Bedeutung beigemessen, da

die Unterzeichnung unter wirtschaftlichem Druck geschähen ist.

Heute 20 Uhr im SAJ.-Heim

Große Märkerstraße 7, Seitengebäude, III. Stock:

Beginn des Kurses: Planwirtschaft

Leiter: Wirtschaftsredakteur Genosse Fuchs (Leipzig).

Alle Genossinnen und Genossen, die sich über die Planwirtschaftsgedanken informieren wollen, werden um pünktl. Erscheinen gebeten. Teilnahme kostenfrei.

fernung aus dem Dienste zu gewährleisten haben würden.

Die Direktion.“ Heute weiß jeder Straßenbahner, daß es Verbote, sich zu organisieren oder Versammlungen irgendwelcher Art zu besuchen, nicht mehr gibt. Heute kann jeder Stellung nehmen zu Angelegenheiten, die ihn betreffen. Das ist in erster Linie auf die Tätigkeit der freien Gewerkschaften zurückzuführen, die heute von der SPD und KPD mit den gemeinsten Mitteln bekämpft werden. Deshalb ist es auch Grenzfälle eines jeden Straßenbahners, wie überhaupt eines jeden Behag-Arbeiters, bei der Betriebsrätewahl nur für die freigezwungene Belegschaft.

Die Liste 1 (Seelig, Wiltner, Einberberg), zu stimmen und damit jeder Zerplitterung der Einheitsfront der Belegschaft entgegenzutreten.

Wo ruft die Pflicht?

SPD., Ortsverein Halle

Ortsbezirksversammlungen

- Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:
- 4. Ortsbezirk: Restaurant Max Kloppe, Gartenstraße.
- 3. Ortsbezirk: Restaurant „Zum gemächlichen Frig“, Kleine Straußensstraße.
- 11. Ortsbezirk: Restaurant Reuchte, Wörmitzer Straße.
- 14. Ortsbezirk: Restaurant „Wassermühl“, Bollberg.

Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr:

- 1. Ortsbezirk: Restaurant „Reuchte“, Traube.
- 2. Ortsbezirk: Restaurant Müller, Kröllwitz.
- 3. Ortsbezirk: „Vollpart“, Burgstraße 27.
- 5. Ortsbezirk: „Gewerkschaftshaus“, Satz 42/44.
- 6. Ortsbezirk: Restaurant „Zurmerckshöfen“, Grünstraße.
- 7. Ortsbezirk: Restaurant „Kafete“, St. Augustin.
- 8. Ortsbezirk: Restaurant Wollmann, Kreisfeldstraße.
- 10. Ortsbezirk: Restaurant „Zwingerhöfen“, Zwingerstraße.
- 12. Ortsbezirk: Restaurant „Bernhardystraße“, Thomastraße.
- 13. Ortsbezirk: Bergarbeiterhaus, Lobenergr. 39.
- 15. Ortsbezirk: Restaurant „Schreibergarten“, Elfa-Bräustrom-Straße.

In allen Versammlungen wichtige Tagesordnung, wo es ihnen um die Mitglieder werden erbeten, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 14. Januar, abends 8 Uhr:

Gedenkfest Karl Liebknecht-Karl Luxemburg im „Vollpart“, Redner: Dr. Rosa Schröder (Berlin).

Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr:

Große Funktionärsführung im „Vollpart“, Kleiner Saal.

Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr:

Generalversammlung im großen Saal des „Vollparts“.

Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr:

Arbeitsbezirkskonferenz im „Vollpart“. Wir eruchen alle Gewerkschaften und Vereine, diese Tage für die Partei freizuhalten.

Den Vater erschaffen

Durch Unachtsamkeit beim Gewerksreinen

Ein tragischer Unfall ereignete sich in der Nacht vom Sonntag, den 24. Januar in der Reichsbahn-Station. Ein Arbeiter, der die Räder einer Lokomotive reparierte, wurde durch die Unachtsamkeit eines anderen Arbeiters verletzt. Die Verletzung ist lebensgefährlich. Die Schuld liegt an der Unachtsamkeit des Verletzten, der die Räder nicht richtig inspiziert hatte. Die Schuldlast drang dem Vater in die Brust. Man sollte ihn sofort zur Klinik, doch war der Verletzte nicht mehr zu helfen. Er ist tot, nach langer Krankheit.

Drauner Bluff

Mit Raus und Ruh und Wagen, So hat sie Bluff geschlagen.

Unbeschadet von der großen Öffentlichkeit hatte die Arbeitsleitung der Reichsbahn am gestrigen Sonntag einen „Propaganda-Urlaub“ veranstaltet. Für den Oberbezirk Garmisch-Partenkirchen dieses glückliche Schicksal veranstaltete sie ein Geheimnis. Drauner waren eine auf den Straßen zu sehen, hoffentlich, daß an den großen Klagen einige Neugierige beim Vorbeimarsch stehen blieben. Nur in der Letzte Reihe hielten die vom Komitee ein.

Wahler Umjublung, wenn man sich vor Augen hält, wie die Nazis noch im Sommer des vergangenen Jahres bei ihren Unzulänglichkeiten von einem Teile der Bevölkerung demontiert mit „Geld Hüter“ empfangen und als die Retter aus der Not begrüßt wurden. Dieses Mal? Eine etwas peinliche Angelegenheit für alle die, die aus Angst vor der „Ramenhaftigkeit“ der eigenen Reges noch mitmachen mußten. Der dieser „Geld Hüter“ mit diesen armenigen Gestalten, die ein fernerer Schritt aus der dumpfen Jüdischen des Reichsbürgertums aufgeschaut hat und die da ohne

Hitlers Gipsköpfe überhaupt nicht gefragt

Ein Nazibetrug

In Hannover haben Nazis 25 000 Stück Hitler-Gipsköpfe bestellt, die nicht abgesetzt werden können.

Hitler-Gipskopf! Wie echte Bronze aussehend, über dem Krieger in der guten Stunde, hell! Vorausgesetzt, daß er nicht vom Nagel fällt! Doch ein Geschäftsmann italienischer Staatsangehörigkeit ist in einer für das Gipsfigurengeschäft seltenen Zeit einen Auftrag auf 25 000 Hitlerplättchen gern in Hala genommen hat, kann man ihm nicht verdenken. Ein Italiener, der in Deutschland nicht wohnberechtigt ist, fragt nicht danach, ob er Hitler oder Thälmann in Gips gießen soll, die Hauptfrage ist, daß es bei der Zahlung kein lauter Kopf ist.

Gegenart gefellte Herren, mit dem Gipskreuz auf der Brust und großartigem Auftreten, haben als Ge-

schäftsführer einer nagelstichen G. m. b. H. 25 000 Hitler-Plättchen bestellt, die in Zahlung und zum Kauf von Gips gegen Ware beschaffen, einen jeden Dolarsnoten gezeigt, und nachher, als die Anfertigung im Gange war, stellte sich heraus, daß sie keinen Pfennig Geld besaßen, die Dolarsnoten sogenannte Blüten waren und die beiden Geschäftsmänner nur darauf ausgingen, den Gipsfigurenhändler und die Kunden zu neppen.

140 M. kostete sie, die Hitler-Plättchen. Sie wollten sie zu 440 M. an einen Händler weiterverkaufen und der wiederum sollte von den 300 über 7 M. für die Plättchen liefern. Aus diesem „traudlichen Handel“ ist nichts geworden, aber der Figurenmacher ist schwer geschädigt, da er ein Modell, Gipsentwürfe und ein großes Quantum Abgüsse anfertigen ließ.

Rund liegen einige tausend Gips-

köpfe von Kloss auf Lager. Bei der rüchfüßigen Hitler-Konjunktur wird schließlich keine andere Verwendung übrig bleiben als für die Koffer- und Krompitz-Büsten, die nach dem Schlußpfloch gebracht werden müssen. Oder vielleicht findet sich ein Schließbrennunternehmer, der auf dem nächsten Schlußpfloch mit Holzgößen nach Gipsköpfen werfen läßt.

Möchte nicht der Staatsanwalt gegen solche Gipskreuz-Gehäusen, die Kleingewerbetreibende um ihr Geld bringen, ein Betrugsverfahren einleiten? Dieser Fall liegt überreicht da.

Die häufig haben wir darüber berichten müssen, daß Geschäftleute und Kleingewerbetreibende im Zeichen des Hakenkreuzes geneigt und betrogen worden sind. Gegenüber solchen Strauchrittern, die an der Hakenkreuz-Konjunktur profitieren wollen, ist allergrößte Vorsicht am Platze, wie auch dieses Mißgeschick eines Kleingewerbetreibenden wieder beweisen hat.

den letzten Monaten zur möglichst Hemmung der länderlich in Siedlung bewegt hat. Die Sozialdemokratie hat schon um des Baugewerbes willen, dem jede Veräußerung durch Ausfrierung von Siedlungsarbeiten dringend zu wünschen ist, ein Interesse daran, daß diese Antifrierungen Wahrheit werden, und daß dabei vor allem an die Banarbeitler gedacht wird, die heute auf den Gütern arbeiten. Ebenso müssen die erwerbslosen Banarbeitler berücksichtigt werden, die in den letzten Jahren ihre Gehälter verloren haben. Darum müssen die Parteigenossen in der Braung, die der Durchführung der einzelnen Siedlungsprojekte nachsehen, hierauf vor allem ihr Augenmerk richten.

Besonders ängstliche Gemüter fragen häufig, ob nicht die Förderung der Siedlung, also die Aufstellung von Großbetrieben in Kleinbetriebe, ein Verstoß gegen die sozialistische Lehre sei, nach der der Kleinbetrieb vom Großbetrieb überwunden und ersetzt wird. Sie mögen sich beruhigen. Das Verstoß der Konzentration betrifft zwar die Industrie, aber in der Landwirtschaft mit ihren völlig anderen Bedingungen ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb nicht ohne weiteres überlegen.

Nazi-Mörder in Berlin verhaftet

Ein SA-Sturmführer aus der Schule von Heines der Täter!

Aus Berlin wird gemeldet:

Als Mörder der Frau Martha Künstler aus der Adlerstraße 106 etwa zehn Personen mit dem Pseudonym „Profi Knecht“ im gleichen Augenblick fuhr ein Raubfahrer mit unbedeutendem Fahrzeug vorbei. Raum war er an der kleinen Gruppe vorbei, als er sich plötzlich umdrehte,

die rechte Hand, in der er eine Pistole

hielt, erhob und mit dem Rufe „Heil Hitler!“ auf die Gruppe schah. Die 37jährige Frau Künstler wurde von der Kugel in die Herzgegend getroffen. Sie fiel 20 Minuten nach dem Mordtat.

Die Nachforschungen der Politischen Polizei bemerken sich auf Grund genauer Zeugnisaufgaben bei nach einer bestimmten Richtung. Die Bemerkungen stießen schließlich auf den Schlichter-Geheilen Baumgart, der Sturmführer der SA ist. Zunächst war es nicht möglich, Baumgart zu fassen. Als er sich gestern in der Wohnung seiner Freundin in der Liebomier Straße aufhielt, wurde er festgenommen.

Baumgart hat ein Geständnis abgelegt. Die

Tat versucht er mit der Behauptung abzumildern, daß er betrunken gewesen sei. Der Täter wird am Montag dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen Baumgart erlassen wird.

Dieser Vorfall, der aus reiner Wut durchgeführt ist, ist von Wichtigkeit nach Berlin gekommen. Er gehörte früher der schieflichen SA an,

das heißt, er ist in der Schule der Heines-Banden gewesen, aus der auch die Mörder von Ostempa hervorgegangen sind!

Diese Banden, deren krimineller Charakter immer stärker hervortritt, sind eine öffentliche Gefahr!

Neupreußische Sparfamkeit

Die Wohnung des Polizeipräsidenten Melcher

Die kommunifische Verwaltung in Brauns hat unsere Angaben über die neupreußische Sparfamkeit beim Ausbau der Wohnung des Polizeipräsidenten demontieren lassen. Die Dementi über Lastgaben, die einwandfrei festgestellt werden können, ruht uns festlich an. Für diese Aussagen, deren Höhe das Dementi nachdrücklich nicht spart angibt, ist die Verwaltung Rechenschaft schuldig. Die genaue Höhe der tatsächlichen Ausgaben wird also — wenn auch vielleicht mit Verzögerung — festgestellt sein. Im übrigen haben diese Ausgaben

allgemein Aufsehen erregt. Im Landtag ist von nationalsozialistischer Seite inzwischen eine kleine Anfrage darüber eingebracht worden. Wir werden sehen, ob die kommunifische Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage die genauen Unterlagen vorlegen wird!

Eins aber ist in diesem Dementi am allermerkwürdigsten! Es gibt nach der bisherigen Praxis keinen Betrag für solche Ausgaben, mit dem sich das Finanzministerium nicht befaßt. Wenn für die Ausbesserung einer Mannschaftsprobe die Mittel bemilligt sind und das Finanzministerium dazu seine Zustimmung bei der Etatsaufstellung gegeben hat, so kann die Arbeit dafür heute dennoch nicht in Angriff genommen werden, ohne daß das Finanzministerium nicht nochmals ausdrücklich die Erlaubnis dafür erteilt.

Run hören wir, daß mit diesen erheblichen Ausgaben das Finanzministerium nicht einmal befaßt worden sein soll? Das ist merkwürdig, sehr merkwürdig!

Sollte gerade in diesem Falle von den allgemeinen gültigen Bestimmungen abgesehen worden sein. Angefichts der rigorosen Sparfamkeit der unteren Beamten — jedes zerbrochene Tintenfaß führt zu einer hochnotpeinlichen Untersuchung — wäre das sehr eigenartig!

Die Angelegenheit wird deshalb mit der amtlichen Befreiung nicht zu Ende sein. Die Kontrolle des Landtags gegenüber der kommunifischen Verwaltung ist zwar erschwert, aber schließlich wird die kommunifische Verwaltung doch Rechenschaft abgeben müssen!

Durchführungsbestimmungen

Die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung sind am Sonntag im Wortlaut veröffentlicht worden.

Der wesentliche Inhalt wurde von uns bereits vor einigen Tagen mitgeteilt.

Eine wirkliche Sicherung gegen Mißbräuche geben die Richtlinien nicht. Nur eine starke Kontrolle der Defizitstellen kann Mißbräuche unterbinden. Die Richtlinien sollen die Durchführung eines Sofortprogramms ermöglichen. Man darf also wohl erwarten, daß nun sofort etwas für die Arbeitsbeschaffung praktisch unternommen wird. Man braucht nicht erst bis zum Frühjahr zu warten.

Sozialdemokratie für Siedlung

Von Staatssekretär z. D. H. Krüger

Die Sozialdemokratie ist seit dem November 1918 tatkräftig für eine Förderung der ländlichen Siedlung eingetreten. Schon der rein sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten hat am 29. Januar 1919 die Siedlungsverordnung erlassen, an deren Spitze der Reichsfinanzminister getreten ist. Die Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag haben mit Nachdruck die ländliche und organisierte Förderung der ländlichen Siedlung verlangt und alle Maßnahmen in dieser Richtung unterstützt. Endlich ist in dem Kleier Agrarprogramm der SPD. von 1927 die Förderung der Siedlung zu einem wichtigen Programmpunkt erhoben worden.

Für den Osten Deutschlands bedeutet die ländliche Siedlung in erster Linie die Aufstellung großer Höfe in kleinere Stellen für Klein- und Mittelbauern, für ländliche Handwerker und Landarbeiter. Diese Aufstellung ist doppelt notwendig in einem Zeitpunkt wie dem jetzigen, in dem viele kleine Höfe des Ostens nicht mehr wirtschaften können und bereits seit Jahren nur noch auf Kosten der Steuerzahler durch die Osthilfe durchgepflegt werden, ob das eine Aussicht besteht, sie wieder flott zu machen. Werden solche Höfe in raschem und billigem Verfahren, wie es das preussische Landwirtschaftsministerium in den letzten Jahren entwickelt hat, aufgelöst, so können mehr Menschen ihren Unterhalt finden als vorher, die gesamte Produktion steigt, und alle Wirtschaftszweige — auch in den benachbarten Randländern — haben Nutzen davon.

Die Sozialdemokratie hat den bisherigen Methoden der Siedlung nicht kritiklos gegenübergestellt. Wenn man heute freies Land, die ganze Siedlung ist verehrt gemacht, also Siedler seien infolge dessen notwendig, so muß man dem nachdrücklich entgegenreten. Gemäß in einzelnen Fällen haben die Siedlungsgesellschaften zu leuer gearbeitet.

Das trifft aber nur für einen kleinen Teil der ungefähr 43 000 Neubiederhöfe zu, die in Preußen in den 12 Jahren von 1919 bis 1931 neu begründet sind. Das ist fast wie in den

ten. Der Winter ist milde. Im übrigen wird sich heute niemand mehr große Illusionen über die arbeitsmarktpolitische Bewertung des Programms der Regierung machen. Das 500-Millionen-Programm mit allen seinen offensichtlichen Fehlern, die von den Bewerksstellern bereits hervorgehoben wurden, wird kein Wunder wirken. Um so mehr ist es Pflicht der Regierung, daß sie nun rasch wenigstens eine gewisse Milderung des Drucks der Arbeitslosigkeit herbeiführt.

33 Jahren von 1885 bis 1918). Wenn sich trotzdem heute ein Teil der Siedler in schwerer Lage befindet, so beruht dies auf dem fatalistischen Rückgang der Preise für Vieh und Fleisch, Milch und Molkereiprodukte seit dem Herbst 1930.

Das ist aber eine Folge der Wirtschaftskrise, des Rückganges der Walfenkaufkraft der ländlichen Verbraucher und der Deflationsspolitik. Dafür kann man als nicht die Siedlung und die Siedlungsmethoden verantwortlich machen. In solchen Fällen kann vorübergehend durch Entzug der Zinsen und Renten geholfen werden, wie sie auf sozialdemokratische Anträge hin auch mehrfach erfolgt ist. Aber auch hier darf man sich durch das agitatorische Geschrei des Landbundes und der Nazis, die in den Siedlern willförmigen Objekte zur politischen Verbeugung sehen, den fernen Blick nicht trüben lassen. Es gibt auch heute noch Siedler genug, die zwar schwer arbeiten und um jeden Pfennig genau rechnen müssen, die aber trotzdem durchkommen können.

Die Kritik der Sozialdemokratie hat sich bisher vor allem dagegen gerichtet, daß für die Landbesitzer der ausfallenden Güter nicht genügend gehandelt sei. Das mag auch für die früheren Jahre zutreffen. In den letzten Jahren wird aber gerade auf Veranlassung des preussischen Landwirtschaftsministeriums alles daran gesetzt, um einen möglichst großen Teil der Landbesitzer in den neuen Siedlerhöfen unterzubringen.

Und da die Kosten der einzelnen Siedlung heute gegen erheblich niedriger sind als vor drei oder vier Jahren, da ferner die Aufhebungsbewilligungen günstiger gestaltet wurden, sind die Möglichkeiten heute erheblich größer.

Nach den Ankündigungen des Reichsanstanzers von Schleicher soll für die nächste Zeit eine verstärkte Siedlungstätigkeit einleiten. Man kann gespannt sein, ob er seinen Willen gegen den Ernährungsminister von Braun durchsetzen wird, der noch Anhalt auf Siedlungsbau — auch in Randgebieten — die Osthilfe in

Rästel des Todes

In Haltingen i. B. wurde ein älteres Ehepaar von Hausbesitzern im Schlafzimmer mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Die Frau war tot, der Mann lag im Lebensgefahr. Bei ein Unglücksfall aber Schlimmstes vorliegt, ist noch nicht geklärt. In einem Gebäu fanden in der Nähe von Dortmund Strohhalm, die beide eines 60- bis 65jährigen Mannes, dessen Identität noch nicht festgestellt. Nach Ansicht der Morphologen ist der Leichnam an den Fundort gebracht worden. Wertmache eines gemäßigten Todes wurden bisher jedoch noch nicht festgestellt.

Einbruch in Nordzimmer

Ein unbekannter Täter verübte einen Einbruch im Schloß Waltershausen bei Schweinfurt, das im Zusammenhang mit der noch unauferlegten Ermordung des Hauptmanns Verber in letzter Zeit viel genannt wurde. Der Täter drang in das Nordzimmer ein, warf alle Gegenstände durcheinander, entwendete jedoch nichts. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Einbrecher verhaftet, die Spuren des geflüchten Mörders ausfindig.

Kutter gegen Braß

In der Ostsee auf der Höhe von Rügen lag ein Kolberger Fischerkutter im Nebel auf das Braß eines im Jahre 1907 gefertigten schwedischen Dampfers auf. Der Boden des Kutters wurde aufgefunden; das Schiff lag voll Wasser und sank innerhalb kurzer Zeit. Die Belegung konnte gerettet werden.

Das achte Weltwunder

Rodestellers Rado Cito, die amerikanische Optimalisten als das „achte Weltwunder“ bezeichnen, hat seine erste große Wette erlegt: bei 6000 Pläze der vor 14 Tagen mit viel Pomp und Freilichtfest eingeweihten Walfisch sind zu zwei Drittel leer geblieben. Das reuereitäre Programm, dessen Vorbereitung allein etwa 100 000 Dollar kostete, soll jetzt verlustlos durch Kinoauffstellungen abgeholt werden.

Die verschwundenen Brillanten

Ein kochender Brillantenhändler ließ sich aus Antwerpen polierender Brillanten im Wert von 76 000 Mark schicken. Als er die Sendung am Hauptpostschalter abgeben wollte, mußte er die Lebensversicherung erleben, daß ein junger Mann, der sich mit einem gefälligen Paß auf den Namen des wirklichen Empfängers ausgemien hat, die Brillanten bereits abgeholt hatte.

Nord

In Bohum wurde die Ehefrau eines Tarifstellenhefters von Hausbesitzern in ihrem Bett mit lebensgefährlichen Säure- und Schmittwunden am Hals aufgefunden. Sie starb im Krankenhaus, noch ehe sie vernommen werden konnte. Der Tat bringt verdächtige Geheimnisse zu Tage.

Die Hochzeitstorte

In Admont (Ennstal Alpen) wird seit mehreren Tagen ein Berliner Walfischer mit seiner Frau vermisst; es ist zu befürchten, daß das Paar, das sich auf der Hochzeitstorte befand, bei einem Ausflug in der Dunkelheit vom Wege abgeirrt und abgestürzt ist.

Dichter Albers

Der bekannte Berliner Straßenreißer Professor Max Albers hat ein Lustspiel „Konflikt“ vollendet, das mit Lucie Höflich und Eugen Köpfer in den Hauptrollen demnächst im Deutschen Theater in Berlin zur Uraufführung gelangen wird.

Zusammenlegung

Die Breslauer Universität und die Technische Hochschule in Breslau sollen am 1. April zusammengelegt werden. Die Professoren-Kommission haben in beschleunigter Rast die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

meine
Brennen
aber
sich
keinen
behalten
sich
er
aus
konnte
Hirt
bedr.
Erdh.
Ber.
An.
urde
bei
rige
at.
Hirt.
Ber.
An.
urde
bei
rige
at.
Hirt.
Ber.
An.
urde
bei
rige
at.

